

<b>Kommunalpolitische Aspekte der Bildungspolitik</b>	001
	002
<b>1. Einleitung</b>	003
Bildungspolitik – so mag man auf den ersten Blick denken – sei reine Ländersache, falle nicht in	004
das Ressort von Landkreisen und Städten: Die keinesfalls unbedeutenden kommunalpolitischen	005
Aspekte der Bildungspolitik treten oftmals kaum ins Bewusstsein, wobei gerade sie angesichts	006
der demographischen Entwicklung und der sinkenden Schülerzahlen große Herausforderungen	007
beispielsweise in Bezug auf infrastrukturelle Probleme, Gebäudeplanung und langfristige	008
flächendeckende Unterbelegung der Schulen in bestimmten Regionen mit sich bringen.	009
Anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen möchte die Schüler Union Hessen hiermit eine	010
eigene inhaltliche Positionierung bezüglich kommunaler Bildungspolitik vorstellen und	011
versuchen, diesen oftmals bestenfalls als sekundär empfundenen bildungspolitischen	012
Teilbereich stärker in der Mittelpunkt des Interesses zu rücken.	013
	014
<b>2. Die Bedeutung der demographischen Entwicklung für kommunale Bildungspolitik</b>	015
Die grundlegende Problematik kommunaler Bildungspolitik besteht gegenwärtig in den	016
rückläufigen Schülerzahlen, woraus langfristig eine dauerhafte und flächendeckende	017
Unterbelegung von Schulen hervorgeht. Da diese nicht mehr rentabel betrieben werden können,	018
ist die Existenz vieler Schulen gefährdet.	019
Abgesehen vom grundsätzlichen familienpolitischen Reformbedarf in Hinblick auf die	020
demographische Entwicklung müssen konkrete und kurzfristige Antworten auf die zunächst	021
nicht abänderbare Tatsache der sinkenden Schülerzahlen auf kommunaler Ebene gefunden	022
werden. Die beiden grundlegenden Alternativen bestehen in systematischer Schulverkleinerung	023
oder der Zusammenlegung unterbelegter Schulen. Da jeder Lösungsansatz gewisse positive	024
und negative Aspekte beinhaltet, muss hierbei zunächst zwischen Vor- und Nachteilen der	025
jeweiligen Konzepte abgewogen und ein möglichst günstiger Kompromiss gefunden werden.	026
	027
Die Vorteile von systematischen Schulverkleinerungen bestehen darin, dass schulspezifische	028
pädagogische Konzepte berücksichtigt und individuelle Erziehungswünsche der Eltern auf	029
vielfältige Weise verwirklicht werden können – Beispiele sind Schulen mit besonderem	030
musischen, sprachlichen oder sozialen Schwerpunkt. Des Weiteren bliebe ein relativ dichtes	031
Netz kleinerer Schulen erhalten, so dass der Schulweg in der Regel kürzer wäre als bei	032
wenigen großen Schulen. Der grundlegende Nachteil besteht darin, dass wegen der geringeren	033
Schüleranzahl die individuellen Bedürfnisse der Schüler oftmals nicht mehr in demselben Maße	034
berücksichtigt werden können wie bei einer größeren Schule, welche eine Vielzahl von	035
Wahlfächern, Arbeitsgemeinschaften sowie ein großes Spektrum von Leistungskursen anbieten	036
kann: Die schulspezifische Schwerpunktsetzung müsste bei geringen Schülerzahlen oftmals	037
wegen der Beschränkung auf die wichtigsten Grundlagen der Schulausbildung zurücktreten.	038
Die Alternative zur Verkleinerung besteht in der Zusammenlegung von Schulen, um eine	039
Erhöhung der Schülerzahlen herbeizuführen – unter Inkaufnahme weiterer Schulwege und einer	040
Ausdünnung des Angebots an Schulen mit bestimmten pädagogischen Schwerpunktsetzungen,	041

welche bei einem Zusammenschluss mit anderen Schulen nicht mehr verwirklicht werden 042  
könnten. Der Vorteil besteht darin, dass die Chancen auf Verwirklichung bestimmter schulischer 043  
Bedürfnisse mit der Schüleranzahl steigt: Je mehr Schüler die Teilnahme an einer AG oder 044  
einem Wahlfach beziehungsweise eine bestimmte Leistungskurskombination wünschen, desto 045  
eher kommt ein entsprechender Kurs beziehungsweise AG zustande. 046

Wir können zusammenfassen, dass der Erhalt von möglichst vielen kleinen Schulen 047  
insbesondere für die Unter- und teilweise Mittelstufe wünschenswert ist, da bei jüngeren 048  
Schülern individuelle pädagogische Konzepte von Schulen bedeutsamer sind als bei älteren, 049  
während ein breites Spektrum an Wahlfächern und Leistungskursen für erstere eher eine 050  
untergeordnete Rolle spielt. Auf der anderen Seite verlieren bestimmte pädagogische 051  
Erziehungsansätze mit zunehmendem Alter an Bedeutung, während die Verwirklichung der 052  
eigenen individuellen Interessen bei der Entscheidung für Wahlfächer und Leistungskurse 053  
immer wichtiger werden. Daher sind viele kleine Schulen für Unter- und Mittelstufe sinnvoller, 054  
während die Oberstufe besonders von einer hohen Anzahl an Schülern profitiert. 055

056

Die Schüler Union Hessen möchte drei verschiedene Lösungsansätze für den beschriebenen 057  
Interessenkonflikt aufzeigen, zwischen denen entsprechend der Situation in dem jeweiligen 058  
Kreis abzuwiegen ist und welche sich gegebenenfalls als Mischform gegenseitig ergänzen 059  
können. 060

**a) Die Schüler Union Hessen fordert die systematische Verkleinerung bereits 061  
bestehender Schulen, sofern diese wegen Unterbelegung nicht mehr rentabel betrieben 062  
werden können, so dass sie erhalten bleiben und eine Vielfalt an verschiedenen 063  
pädagogischen Konzepten in der jeweiligen Region für Unter- und Mittelstufe angeboten 064  
werden kann. Jedoch sollen die gymnasialen Oberstufen aus den bestehenden Schulen 065  
ausgelagert und mit anderen betroffenen Schulen kooperierende Oberstufenverbände 066  
weitgehend selbstständig gebildet werden. Auf diese Weise bilden Schüler aus 067  
verschiedenen Schulen eine gemeinsame Oberstufe und genießen die Vorteile der 068  
erhöhten Schüleranzahl, andererseits bleibt eine gewisse personelle Kontinuität – 069  
gegebenenfalls auch in Bezug auf die unterrichtenden Lehrer – mit den 071  
Ursprungsschulen bestehen. Jedoch ist zu betonen, dass es sich eindeutig um 072  
gymnasiale Unter- und Mittelstufenschulen handeln soll, in denen ausschließlich Schüler 073  
mit der Perspektive eines Wechsels in die gymnasiale Oberstufe unterrichtet werden – 074  
die Auslagerung der Oberstufe darf nicht als Umwandlung in eine Gesamtschule 075  
missverstanden werden. 076**

**b) Sollten die Bedingungen eine Umsetzung des beschriebenen Modells nicht zulassen, 077  
fordert die Schüler Union Hessen eine der jeweiligen Situation angemessene 078  
Umstrukturierung der Schullandschaft in den Regionen, so dass ein rentabler Unterhalt 079  
der Schulen gewährleistet ist; hierbei müssen die verminderte Vielfalt an Einzelschulen 080  
beziehungsweise die Nachteile kleiner Oberstufen in Kauf genommen werden. Dennoch 081  
muss eine in Bezug auf das Schulprofil den individuellen Bedürfnissen der Schüler 082  
entsprechende Schule in ausreichender Größe erreichbar sein. Die Schüler Union 083**

Hessen fordert aus diesem Grunde einen Ausbau der Infrastruktur, so dass es jedem Schüler von jedem Wohnort aus möglich ist, auch eine weiter entfernte Schule außerhalb der eigenen Region mit den gewünschten Voraussetzungen zu besuchen.

c) Eine dritte erwägenswerte Möglichkeit besteht in darin, dass diejenigen Schulen, welche jetzt oder in absehbarer Zeit einer besonders harten Wettbewerbssituation ausgesetzt sind beziehungsweise sein werden, in die Hand freier Träger übergeben werden. Nach dem Vorbild der Privatschulen haben diese die Aufgabe, die Schule durch ein besonderes Angebot im Wettbewerb um die begrenzte Anzahl der zur Verfügung stehenden Schulen konkurrenzfähig zu halten; andernfalls muss eine Verkleinerung oder Zusammenlegung nach Möglichkeit auch in eigener Verantwortung der Träger erfolgen. Selbstverständlich werden auch in diesem Falle immer genügend Schulen in staatlicher Trägerschaft verbleiben müssen, so dass überall ein Angebot an garantiert gebührenfreien Schulen gewährleistet ist. Weiterhin ist darauf zu achten, dass die pädagogischen Konzepte und Leitlinien der privaten Träger den sozialen sowie christlichen Grundprinzipien des Hessischen Schulgesetzes entsprechen.

### ***3. Sinkende Schülerzahlen – keine Hintertür für die Integrierte Gesamtschule***

Die Schüler Union Hessen lehnt strikt die Zusammenlegung verschiedener Schultypen zu Integrierten Gesamtschulen als Lösungsansatz für das Problem der sinkenden Schülerzahlen ab, wie er von einigen Vertretern der politischen Linken propagiert wird. Ein derart undifferenziertes Vorgehen erschwert die optimale Förderung des einzelnen Schülers entsprechend seinen Fähigkeiten, da in einer Integrierten Gesamtschule wegen des Kurssystems kein einheitliches Leistungsniveau garantiert werden kann und die Benachteiligung ihrer Schüler im Vergleich zu anderen Schulformen innerhalb des dreigliedrigen Schulsystem von Studien deutlich belegt werden. Das Konzept der Integrierten Gesamtschule ist gescheitert und die demographische Entwicklung darf nicht als vorgeschobenes Argument für eine ideologisch motivierte Neuauflage dieses Projektes instrumentalisiert werden: Schulzusammenlegungen innerhalb der jeweiligen Zweige des dreigliedrigen Schulsystems sind wesentlich sinnvoller als schulformübergreifende.

### ***4. Familienpolitische Weichenstellungen als Voraussetzung für langfristig stabile Schülerzahlen***

Das Problem der sinkenden Schülerzahlen unterscheidet sich von anderen, auf einzelne Kommunen beschränkten Schwierigkeiten, insofern es weitgehend unabhängig von der Region überall aktuell ist und der Lösungsansatz nicht in der Bildungspolitik, sondern primär in der Familienpolitik zu finden ist. Es stellt lediglich einen Teilbereich der Gesamtproblematik der demographischen Entwicklung und des Bevölkerungsrückganges unter vielen dar. Ebenso wie beispielsweise in Hinblick auf die Sicherung der Renten ist eine befriedigende Lösung des Problems nur durch eine langfristige Trendwende in Bezug auf die Geburtenzahlen zu erzielen.

**Bezüglich der verschiedenen familienpolitischen Ansätze zur Steigerung der Geburtenzahlen fordert die Schüler Union Hessen eine Abkehr von der Konzeption eines**

<b>alleinig</b>	<b>Ausbaus</b>	<b>der</b>	<b>staatlichen</b>	<b>Kinderbetreuungseinrichtungen</b>	<b>für</b>	<b>unter</b>	<b>Dreijährige.</b>	127				
<b>Stattdessen</b>	<b>befürwortet</b>	<b>sie</b>	<b>eine</b>	<b>Umstrukturierung</b>	<b>des</b>	<b>Rentensystems,</b>	<b>wobei</b>	<b>die</b>	<b>durch</b>	128		
<b>Kinderlosigkeit</b>	<b>verursachten</b>	<b>Ausfälle</b>	<b>in</b>	<b>Bezug</b>	<b>auf</b>	<b>zu</b>	<b>erwartende</b>	<b>Steuerzahlungen</b>	<b>und</b>	129		
<b>Versicherungsbeiträge</b>	<b>durch</b>	<b>die</b>	<b>Kinderlosen,</b>	<b>die</b>	<b>finanziell</b>	<b>belastbar</b>	<b>sind</b>	<b>und</b>	<b>sich</b>	<b>frei</b>	130	
<b>für</b>	<b>ihre</b>	<b>Kinderlosigkeit</b>	<b>entschieden</b>	<b>haben,</b>	<b>zu</b>	<b>tragen</b>	<b>sind.</b>	<b>Dadurch</b>	<b>soll</b>	<b>die</b>	<b>finanziellen</b>	131
<b>Vorteile</b>	<b>der</b>	<b>Kinderlosigkeit</b>	<b>vermindert</b>	<b>werden.</b>	<b>Die</b>	<b>dabei</b>	<b>entstehenden</b>	<b>Einnahmen</b>	<b>und</b>	132		
<b>Einsparungen</b>	<b>sollen</b>	<b>einer</b>	<b>weiteren</b>	<b>Erhöhung</b>	<b>des</b>	<b>Kindergeldes,</b>	<b>einer</b>	<b>finanziellen</b>	<b>und</b>	133		
<b>ideellen</b>	<b>Aufwertung</b>	<b>der</b>	<b>Mutter-</b>	<b>und</b>	<b>Tagesmutterrolle</b>	<b>sowie</b>	<b>der</b>	<b>Förderung</b>	<b>eines</b>	134		
<b>familienfreundlich</b>	<b>strukturierten</b>	<b>Arbeitsmarktes</b>	<b>zugute</b>	<b>kommen.</b>						135		
<b>Da</b>	<b>ein</b>	<b>ganzheitliches</b>	<b>familienpolitisches</b>	<b>Konzept</b>	<b>auf</b>	<b>sämtlichen</b>	<b>und</b>	<b>insbesondere</b>	<b>den</b>	136		
<b>oberen</b>	<b>föderalen</b>	<b>Ebenen</b>	<b>durchgesetzt</b>	<b>werden</b>	<b>muss,</b>	<b>fallen</b>	<b>die</b>	<b>demographischen</b>	137			
<b>Aspekte</b>	<b>auch</b>	<b>der</b>	<b>kommunalen</b>	<b>Bildungspolitik</b>	<b>in</b>	<b>diesem</b>	<b>Falle</b>	<b>vorwiegend</b>	<b>in</b>	<b>das</b>	138	
<b>familienpolitische</b>	<b>Ressort</b>	<b>des</b>	<b>Bundes</b>	<b>und</b>	<b>der</b>	<b>Länder.</b>				139		
										140		

### **5. Schulgebäude neu gestalten**

Ein weiterer kommunaler Aspekt der Bildungspolitik ist die Bewirtschaftung und Pflege der Schulgebäude, für die die Landkreise verantwortlich sind. Angesichts immer größerer Aufgaben und immer geringerer Finanzmittel der Kommunen stellt sich die Frage, wie ein zukunftsweisendes Gebäudemanagement für Hessen aussehen könnte. In Hessen werden zur Zeit folgende Modelle des Gebäudemanagements praktiziert:

#### *5.1.. Das herkömmliche Modell der „Eigenerledigung“*

Das herkömmliche Modell hat die öffentliche Verwaltung als zentrales Steuerungsorgan. Wenn ein Bauauftrag vergeben werden soll, so wird dieser ausgeschrieben. Hierfür gelten besondere Vergaberichtlinien, die einen sehr hohen Bürokratieaufwand mit sich bringen.

#### *5.2. Das Offenbacher Modell*

Der Landkreis Offenbach hat europaweit die Sanierung, Instandhaltung und Bewirtschaftung der Schulen ausgeschrieben, um diese Aufgaben dann gebündelt an zwei externe Unternehmen zu übergeben, die jeweils für sich für einen Kreisteil verantwortlich sind. Die bisher mit der Bewirtschaftung der Schulen befassten Kreisangestellten und die Schulhausmeister wurden von den externen Unternehmen übernommen. Sie genießen einen fünfjährigen Kündigungsschutz.

Verträge regeln die Einzelheiten der Partnerschaft für 15 Jahre. Darin wird zum Beispiel festgelegt, dass der Kreis der Eigentümer der Schulimmobilien bleibt und dass der ordnungsgemäße Schulbetrieb vor anderen Veranstaltungen in den Gebäuden immer Vorrang hat. Der Kreis bestimmt, was zu tun ist, und das Partnerunternehmen entscheidet darüber, wie es zu tun ist. Der Kreis bleibt weiterhin Ansprechpartner für die Schulleitung und der Schulleiter behält sein Weisungsrecht gegenüber dem Hausmeister. Durch all diese Regelungen wird auch verhindert, dass die Unternehmen inhaltlichen Einfluss auf die Schule erlangen. Nach eigenen Angaben liegen die Ausgaben eines Vertragspartners 19% unter denen der „Eigenerledigung“.

Diese Summe ist verbindlich und hat, auf 15 Jahre verteilt, jährlich feststehende Ausgaben zur Konsequenz. Die Modellrechnung ist jedoch zweifelhaft.

### *5.3. Das Modell „Bergstraße“*

Der Landkreis Bergstraße hat für die Sanierung, Bewirtschaftung und Instandhaltung seiner Schulen einen Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ gegründet. Ziel dieser Maßnahme war es, vor der Vergabe eines Auftrages nach der Einholung der Angebote Nachverhandlungen möglich zu machen. Nachverhandlungen sind Gespräche, die der Auftraggeber mit den Anbietern nach dem Einreichen ihrer Angebote führt, so dass nicht mehr wie bisher unmittelbar der billigste Anbieter den Zuschlag für eine Aufgabe bekommt, sondern der Auftraggeber nach dem Einholen der Angebote allen Anbietern (insbesondere denen aus der Region) unter Angabe des bisher günstigsten Angebotes die Chance gibt ein günstigeres zu unterbreiten.

Der Landkreis umgeht damit das öffentliche Vergaberecht, wonach nach der Ausschreibung eines Gebäudeauftrages Nachverhandlungen nur bei einem Auftragsvolumen von unter 50.000 € möglich sind. Diese Grenze wurde durch die Gründung des Eigenbetriebes verlegt, sodass erst ab einem Volumen von fünf Millionen Euro Nachverhandlungen untersagt sind. So werden die Kosten gesenkt und es bleiben auch mehr Aufträge in der Region.

Die Schulbediensteten gehen beim „Modell Bergstraße“ nicht in private Hand über. Sie bleiben Angestellte des Kreises. Geplant ist, dass bis 2010 alle Baumaßnahmen abgeschlossen sein werden.

### *5.4. Unsere Bilanz – unsere Ziele*

Die Schüler Union Hessen stellt fest, dass das herkömmliche Modell des Schulgebäudemanagements absolut überholt ist. Wir fordern alle Landkreise in Hessen dazu auf, schnellstmöglichst regional angemessene Alternativen zu entwickeln.

Die Modelle aus den Landkreisen Bergstraße und Offenbach-Land können hierbei als wichtiger Orientierungsrahmen dienen. Bei beiden Modellen wird unser Kerninteresse – das deutliche Verbessern des Lernumfeldes – eindrucksvoll verwirklicht.

Dennoch sehen wir das Modell „Bergstraße“ im direkten Vergleich beider Modelle insgesamt im Vorteil: Durch den regionalen Bezug und der Förderung von Unternehmen vor Ort ist es ein Beispiel dafür, wie Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik intelligent verknüpft werden kann. Zudem befürchten wir beim Offenbacher Modell starke soziale Unverträglichkeiten für die Mitarbeiter nach der fünfjährigen Kündigungsfrist. Auch finanziell erscheint das Modell „Bergstraße“ langfristig solider zu sein als das Offenbach Modell, da regionale Wirtschaftsstärke auch immer ein finanzieller Gewinn für die Schulen vor Ort ist: So können starke regionale Unternehmen regionale Schulen z. B. durch Eventsponsoring oder Patenschaften für Berufsschulen (mit den damit verbundenen Ausbildungsplätzen) direkt unterstützen. Bei dem Offenbacher Modell besteht zusätzlich noch das Risiko, dass das Partnerunternehmen Insolvenz anmelden muss.

**Die Schüler Union Hessen fordert daher den CDU-Landesverband auf zu prüfen, ob das Modell „Bergstraße“ hessenweit realisiert werden kann. Wir wollen die Chance nutzen, durch gute Bildungspolitik auch wirtschaftlich etwas in unseren Kommunen zu erreichen. Die mittelständischen Unternehmen in der Region werden gefördert, es gibt eine „Steuerrückkopplung“ und einen großen Rückhalt in der Bevölkerung**